



# Impulse für den Standort Deutschland: Was Wirtschaftsförderungen jetzt von der Bundesregierung erwarten

Bundesweite Umfrage unter Verbänden zeigt ein klares Bild:  
Kommunale und regionale Wirtschaftsförderungen wollen gestalten –  
sie fordern aber Reformen in vielen Bereichen und benötigen  
verlässliche Partnerschaften auf allen Ebenen

19. August 2025

## Kurzbericht zur Umfrage „Erwartungen der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen an die neue Bundesregierung“

### 0. Zusammenfassung

Die vier großen Verbände der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung in Deutschland haben im Sommer 2025 ein aktuelles Stimmungsbild unter ihren Mitgliedseinrichtungen erhoben. Ziel war es, die Erwartungen an die Bundespolitik, Bewertungen aktueller Maßnahmen sowie die Rolle der lokalen Wirtschaftsförderungen als Standortentwickler und Innovationsmotoren zu erfassen. Einrichtungen aus nahezu allen Bundesländern nahmen teil.

### Zentrale Erwartungen an die Bundespolitik

Die größten Handlungsbedarfe sehen die Wirtschaftsförderungen in der **Entbürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung (80%)**, in der **Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren (59%)** sowie in einer **bezahlbaren und sicheren Energieversorgung (61% / 43%)**. Weitere zentrale Themen sind **Fachkräftesicherung (55%)**, **Infrastrukturentwicklung (54%)**, **Flächenverfügbarkeit (44%)**, **Digitalisierung (41%)** und **Stärkung der kommunalen Finanzen (44%)**.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Infrastrukturinvestitionen (500 Mrd. EUR) sowie steuerliche Entlastungen werden mehrheitlich positiv bewertet. Die Mittel sollen v. a. in **Verkehrsinfrastruktur (77%)**, **Energieversorgung (74%)** und **digitale Infrastruktur (63%)** fließen.

### Rolle der Wirtschaftsförderungen vor Ort

Die Wirtschaftsförderungen agieren als **Gestalter, Mittler und Moderatoren** – sie verbinden Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft und treiben Standortentwicklungen aktiv voran. Besonders häufig bearbeitete Aufgabenfelder sind: **Standortsicherung/Ansiedlung (73%)**, **Gewerbeflächenentwicklung (70%)**, **Fachkräftesicherung (61%)**, **Unterstützung von KMU und Start-ups (je über 60%)** und **Innovationsförderung (50%)**.

Gleichzeitig stehen die Wirtschaftsförderungen selbst vor großen Herausforderungen: **Flächenmangel (78%)**, **Bürokratie und langsame Verfahren (56%)**, **Fachkräftemangel (47%)** sowie **unzureichende finanzielle und personelle Ausstattung (44%)** behindern ihre Arbeit.

### Forderungen an Bund und Länder

Die Wirtschaftsförderungen formulieren konkrete Forderungen:

- **Förderpolitik reformieren:** weniger Bürokratie, vereinfachte Anträge, Zugang für Kommunen erleichtern, regionale Budgets schaffen.
- **Genehmigungsprozesse beschleunigen:** digitale Verfahren, einfachere Regeln, mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen.
- **Kommunale Belange stärken:** bessere Finanzausstattung, mehr Mitsprache, Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Ebenen.
- **Steuerpolitik anpassen:** Unternehmen entlasten, Abschreibungsregeln verbessern.

**Fazit:** Die Umfrage zeigt ein klares Bild: Wirtschaftsförderungen wollen gestalten – sie fordern aber Reformen und benötigen bessere politische Rahmenbedingungen, echte Mitwirkung und verlässliche Partnerschaft auf allen Ebenen.

## 1. Vorbemerkungen

Die aktuelle Legislaturperiode bringt zahlreiche wirtschaftspolitische Herausforderungen und Weichenstellungen mit sich, die unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen haben. Die Bundesregierung und die Ministerien haben ihre Arbeit neu justiert und es wurden bereits Ziele und auch Maßnahmen beschlossen, die sowohl in der Wirtschaft als auch bei den kommunalen Partnern Hoffnung erwecken.

Die Wirtschaftsförderungsverbände verstehen es als ihre Aufgabe, der Politik beratend zur Seite zu stehen und fachliche Hinweise und Erwartungen zu übermitteln, damit Maßnahmen entwickelt werden, die erfolgreich und wirksam sind. Vor diesem Hintergrund haben

- der Deutsche Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften DVWE,
- der Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften in Nordrhein-Westfalen VWE NRW,
- das Netzwerk der Wirtschaftsförderungseinrichtungen in Niedersachsen NEWIN und
- der Verband der Wirtschaftsförderungen in Schleswig-Holstein VdW.SH

ein aktuelles Stimmungsbild unter ihren Mitgliedern eingeholt. Gefragt wurde nach den Erwartungen an die Bundespolitik, Einschätzungen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und zur Rolle und den Beiträgen, die kommunale und regionale Wirtschaftsförderungen zur Trendumkehr der gesamtwirtschaftlichen Situation beitragen können.

Die Befragung fand im Zeitraum 24.06.25-15.07.25 statt. Es konnten 86 vollständige Beantwortungen verzeichnet werden, was einer Rücklaufquote von 34% entspricht. Die Befragungsergebnisse sind damit für die Mitgliedschaft durchaus repräsentativ, sie sind aber nicht auf alle kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen in Deutschland übertragbar.

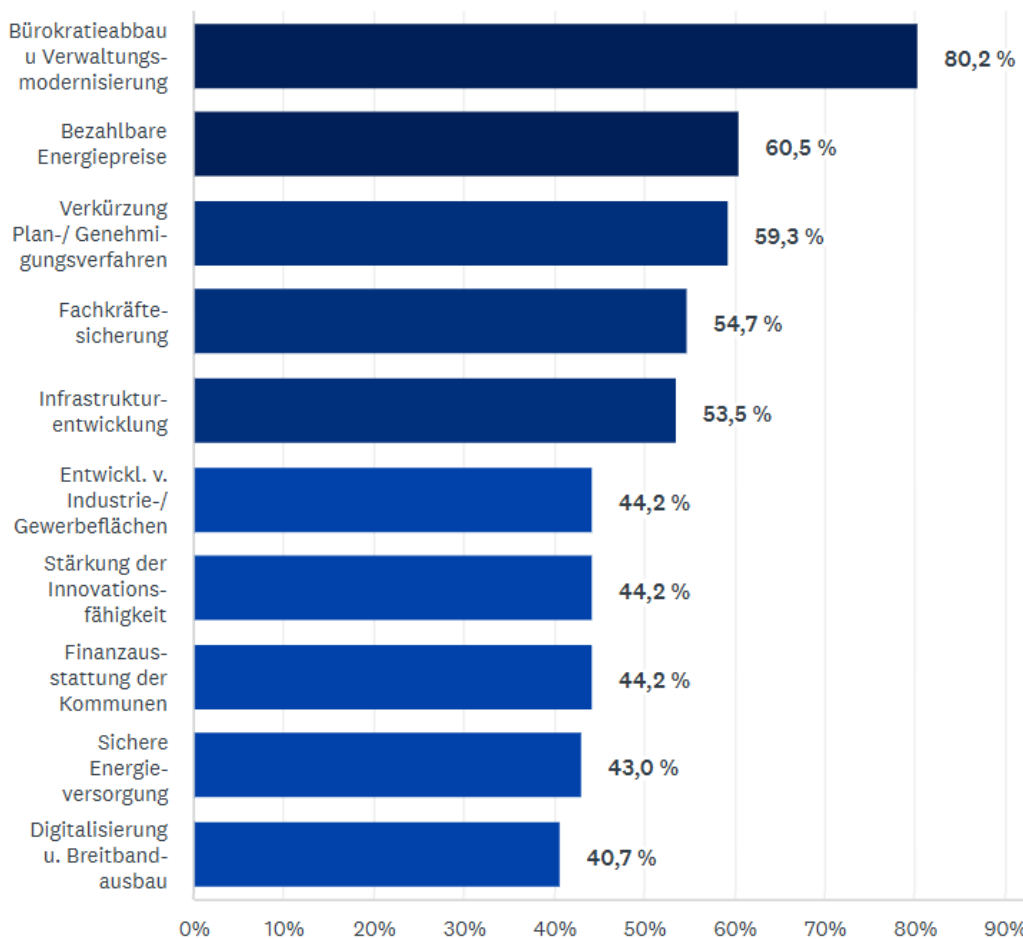
Über 87% der Teilnehmenden sind in GmbH-Strukturen verankert, nur ein geringer Anteil ist in Verwaltungen oder in sonstigen Organisationsformen strukturiert. Es ist gelungen, Teilnehmende aus allen Bundesländern bis auf Berlin zu gewinnen, die meisten stammen aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg. Räumlich sind viele der Teilnehmenden für einen Landkreis (42,4%) oder für eine kreisangehörige Stadt (25,9%) zuständig, mit Hamburg und Bremen haben auch zwei Stadtstaaten teilgenommen.

74,4% der Beantwortungen stammen von DVWE-Mitgliedern, entsprechend der Bundesländerverteilung haben 34,9% die Verbandszugehörigkeit zum VWE NRW und 19,8% zu NEWIN angegeben.

## 2. Erwartungen an die Bundesregierung

Zu den größten Erwartungen der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen in Deutschland zählen der Wunsch nach Entbürokratisierung und einer Verwaltungsmodernisierung (80%) sowie nach Verkürzungen von Planungs- und Genehmigungsverfahren (59%). Dahinter haben eine bezahlbare (61%) und sichere (43%) Energieversorgung, Maßnahmen zur Fachkräftesicherung (55%) und die Infrastruktur- (54%) bzw. Industrie- und Gewerbeflächenentwicklung (44%) eine hohe Bedeutung. Unter den zehn am häufigsten genannten Handlungsfeldern weisen danach Maßnahmen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit (44%), zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen (44%) und zur Digitalisierung einschl. des Breitbandausbaus (41%) einen hohen Stellenwert auf.

Welche wirtschaftspolitischen Themen sollten aus Sicht der Wirtschaftsförderungen aktuell oberste Priorität haben?

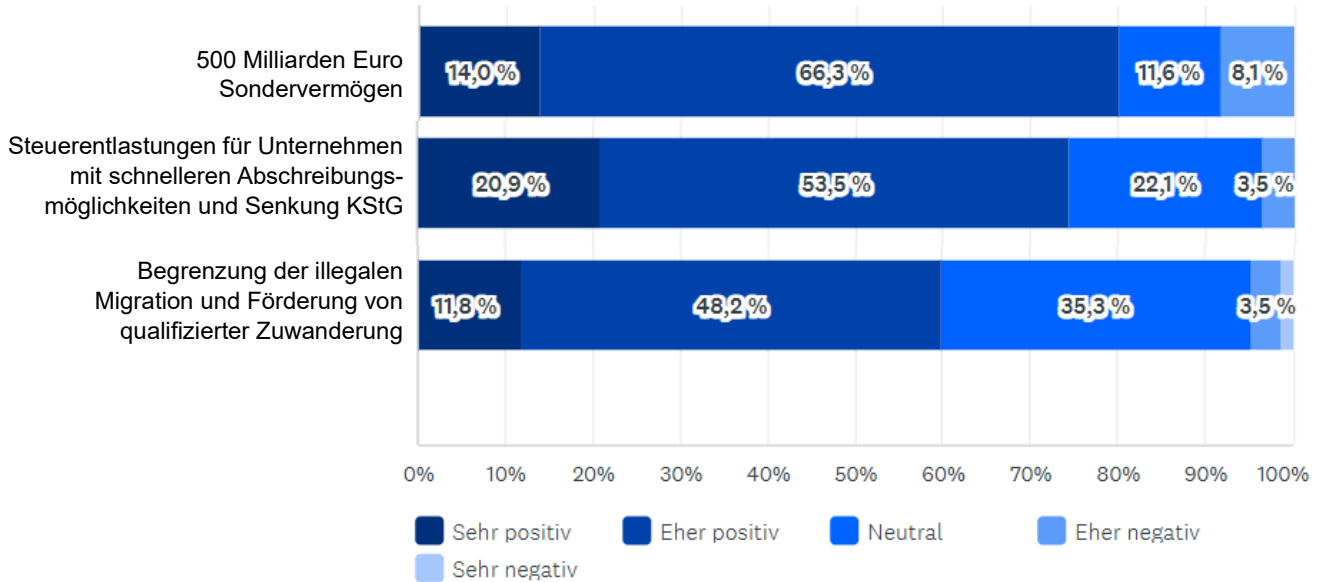


Hinweis zur Abbildung: Die Darstellung stellt nur einen Auszug von allen Antwortmöglichkeiten dar. Die Gesamtdarstellung der Ergebnisse ist dem Datenteil zu entnehmen.

Nicht explizit gefordert wurden an dieser Stelle der Befragung neue oder mehr Fördertöpfe bzw. -mittel, auch wenn die Bereitstellung von 500 Milliarden EUR für Infrastrukturprojekte durch die neue Bundesregierung von 80% der Befragten als positiv bewertet wurde, konkret 14% sehr positiv und 66% positiv. Eine ähnlich hohe Bewertung erfahren die geplanten steuerlichen Entlastungen und bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen: 21% der Wirtschaftsförderungen sehen dies als sehr positiv, 54% als positiv an. Weniger bedeutsam und wirksam werden hingegen die geplanten und teilweise bereits in Kraft

gesetzten Maßnahmen zur Begrenzung der illegalen Migration bei gleichzeitiger Förderung einer qualifizierten Zuwanderung gesehen. Hier gehen nur 12% von einer sehr positiven und 48% von einer positiven Wirkung aus.

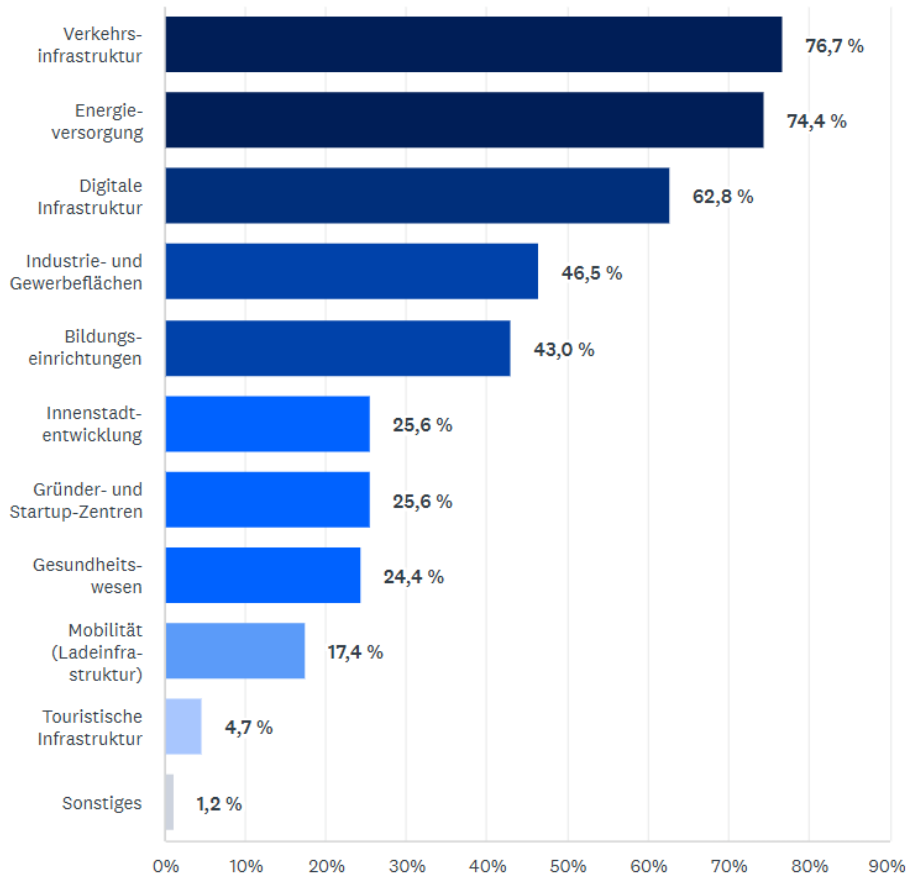
### Einschätzungen zu aktuellen Maßnahmen:



Hinweis zur Abbildung: Die Darstellung stellt nur eine Zusammenfassung der Antworten dar. Die Gesamtdarstellung der Ergebnisse ist dem Datenteil zu entnehmen.

Die Mittel aus den schon beschlossenen Infrastrukturinvestitionen sollen nach Ansicht der Befragten vorrangig in die Verkehrsinfrastrukturen (77% Nennungen), die Energieversorgung (74%), die digitale Infrastruktur (63%), die Industrie- und Gewerbeflächenentwicklung (47%) und in Bildungseinrichtungen (43%) fließen.

## In welche Bereiche sollten die Infrastrukturinvestitionen vorrangig erfolgen?



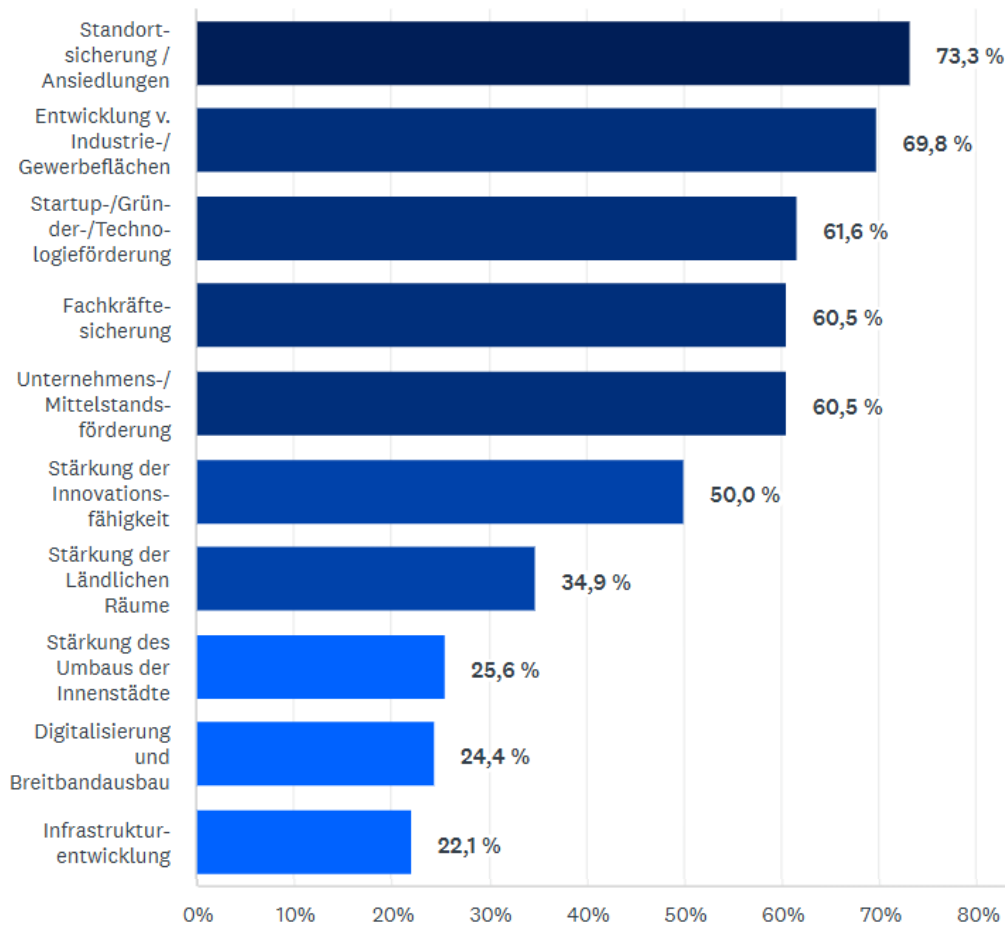
### **3. Kommunale und regionale Wirtschaftsförderungen als standortgestaltende Akteure**

Kommunale und regionale Wirtschaftsförderungen leisten einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortentwicklung in den Städten und Gemeinden und in Landkreisen und Regionen. An die individuellen Rahmenbedingungen am Standort angepasst und auf die konkreten unternehmerischen und kommunalen Herausforderungen ausgerichtet, übernehmen die Wirtschaftsförderungen viele Rollen. Sie sind Berater, Gestalter, Initiatoren, Vermarkter, Moderatoren, agieren unternehmensnah und fungieren als Mittler zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund sind die Wirtschaftsförderungen sehr unterschiedlich aufgestellt und ausgestattet, aber oftmals sind sie die einzigen Akteure, die branchenübergreifende Strategien entwickeln und ihren Standort ganzheitlich betrachten und denken. Sie sichern und entwickeln damit den Standort Deutschland in seiner Gesamtheit und erhalten dessen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Beiträge, die durch die Wirtschaftsförderungen dazu geleistet werden, sind ebenso vielfältig wie individuell, dennoch gibt es Bereiche und Handlungsfelder, die von vielen bearbeitet werden. Dazu zählen v.a. die Standortsicherung und Ansiedlungsunterstützung (73%), die Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen (70%), die Unterstützung und Begleitung unterschiedlicher Wirtschaftsakteure (z.B. Start-ups, Gründer und Technologieansätze oder Unternehmen des Mittelstands mit je über 60%), die Fachkräftesicherung und -gewinnung (61 %) und die Stärkung der Innovationsfähigkeit mit 50% der Nennungen. Die Liste der Aufgaben, die darüber hinaus durch Wirtschaftsförderungen wahrgenommen wird, ist natürlich wesentlich länger.

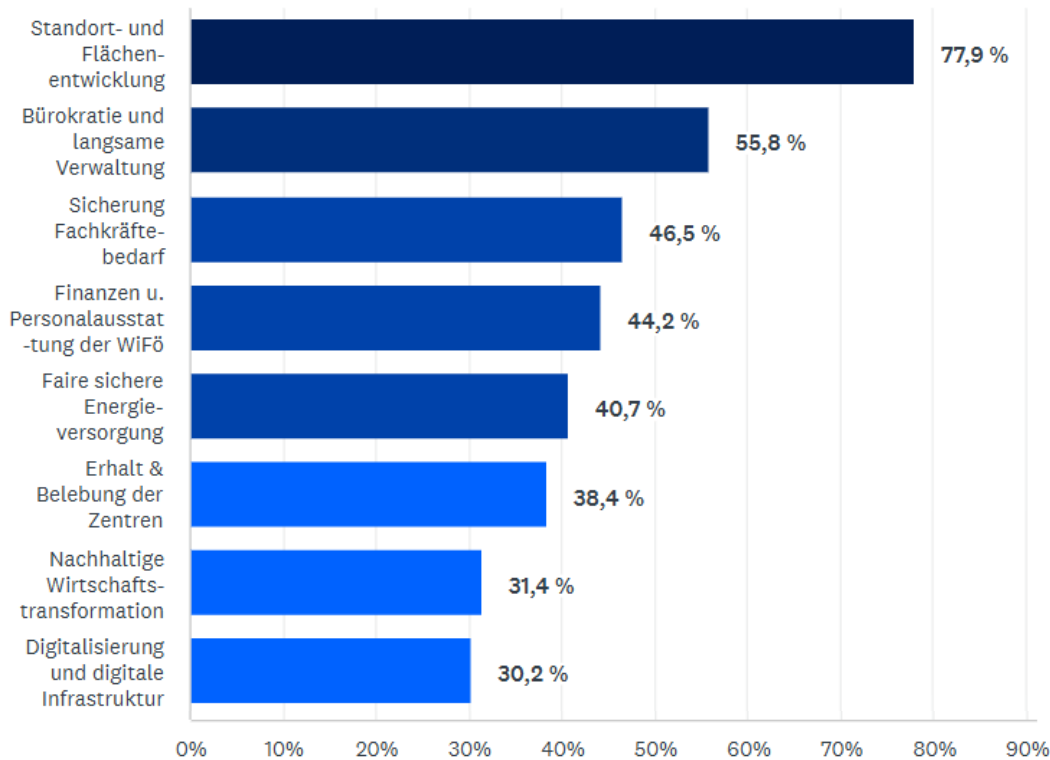
## In welchen Bereichen leistet die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung aus Ihrer Sicht den größten Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland?



Hinweis zur Abbildung: Die Darstellung stellt nur einen Auszug von allen Antwortmöglichkeiten dar. Die Gesamtdarstellung der Ergebnisse ist dem Datenteil zu entnehmen.

Jedoch ist auch die Wirtschaftsförderung von der aktuell angespannten Wirtschaftslage betroffen. So werden zahlreiche Mängel, Erschwernisse und Beschränkungen definiert, die als Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet werden müssen. Hier wird die Standort- und Flächenentwicklung von 78% der Befragten als größte Herausforderung bewertet, gefolgt von Bürokratie und (zu) langsamen Verwaltungsprozessen (56%). Es folgen der Fachkräftemangel (47%), die zu schlechte eigene Finanz- und Personalausstattung (44%), die Energieversorgung (41%), die Entwicklung von Stadtzentren (38%), die nachhaltige Transformation der Wirtschaft (31%) und die Digitalisierung (30 %). Weitere Aspekte sind in der Gesamttabelle im Datenteil abgebildet.

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die Wirtschaftsförderung an Ihrem Standort? Wählen Sie bis zu maximal fünf Antworten aus.



Hinweis zur Abbildung: Die Darstellung stellt nur einen Auszug von allen Antwortmöglichkeiten dar. Die Gesamtdarstellung der Ergebnisse ist dem Datenteil zu entnehmen.

Zur Bewältigung der aktuellen Aufgaben und Herausforderungen ist eine enge und gute Kooperation zwischen Bund, Ländern und kommunaler Ebene von großer Bedeutung: 56% der befragten Einrichtungen betrachten dies als sehr wichtig, 41% als wichtig. Demgegenüber fühlen sich die kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen jedoch von der Bundespolitik eher wenig und schlecht beachtet. Lediglich 1% werten die Berücksichtigung als gut (niemand als sehr gut) und die deutliche Mehrheit bezeichnet diese als gerade einmal als ausreichend (29%) oder gar mangelhaft (34%). Dies stellt eine sehr große Diskrepanz dar und es ergeben sich diesbezüglich zahlreiche, an die Bundesregierung gerichtete Erwartungen bezüglich einer besseren Kooperation und Unterstützung.

#### 4. Forderungen an die Bundes- und Landespolitik

Neben der Bewertung und dem Aufzeigen der größten Handlungsbereiche und Themen stellen die Wirtschaftsförderungen zu einigen gesonderten Bereichen konkrete weitergehende Forderungen auf. So wird hinsichtlich einer zielgerichteteren und wirksameren Förderpolitik des Bundes und der Länder vorgeschlagen,

- den selbst aus Wirtschaftsförderungssicht bestehenden „Förder-Dschungel“ durchschaubarer, verständlicher und Förderprogramme niedrighschwelliger zu gestalten,
- die Antragsverfahren zu verschlanken und zu digitalisieren,
- Programme gezielt auch für den Mittelstand anbieten,
- den beschränkten Zugang für Kommunen bzw. kommunale Einrichtungen der Wirtschaftsförderung (wieder) zu erleichtern,
- regionalisierte Budgets zur freieren Gestaltung zu gewähren und Anreize für regionale Pilotprojekte mit Experimentierklauseln zum Erproben innovativer Ansätze zu schaffen und
- Wirtschaftsförderung selbst als Daseinsgrundversorgung oder kommunale Pflichtaufgabe zu definieren.

Anregungen gibt es weiterhin bezüglich der dringend notwendigen Entbürokratisierung einschließlich der Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, konkret dahingehend wie

- generelle Reformen in nahezu allen gesetzlichen Planungs- und Genehmigungsgrundlagen, speziell für Unternehmen mit dem Ziel der Vereinfachung und der Beschleunigung von Prüf- und Genehmigungszeiten, z.B. im Bau- und Planungsrecht,
- deutlich verstärkte Anwendung digitalisierter Antrags- und Genehmigungsprocedere zur Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren,
- Abbau von Berichts- und Nachweispflichten für Unternehmen,
- Bessere Berücksichtigung mittelständischer Belange bei allen Gesetzesentwürfen und Schaffung von mittel- und langfristiger Planungssicherheit.

Generell müssen kommunale Belange stärker in der Bundes- und Landespolitik beachtet werden, da Wirtschaftsentwicklung vor allem in den Städten und Gemeinden und in Landkreisen und Regionen stattfindet und die dortigen Standortbedingungen zuallererst von den kommunalen Akteuren geschaffen werden. Das gestörte Vertrauensverhältnis und die Kooperationsfähigkeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss wiederhergestellt werden, in dem die Wahrnehmungen und Erfahrungen der kommunalen Ebene wieder mehr gehört werden. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen muss ebenso behoben werden wie eine Schuldenreglung gefunden werden muss.

Letztlich sollen im Bereich der Finanz- und Steuerpolitik die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland für Unternehmen insgesamt verringert und damit die Lohnnebenkosten gesenkt und die aktuellen Abschreibungsregeln erweitert und entfristet werden.

## 5. Fazit

Deutschlands kommunale und regionale Wirtschaftsförderungen sehen angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation dringende Handlungsbedarfe in vielen Bereichen auf bundes- und landespolitischer Ebene, bemängeln Reformstaus bei gesetzlichen Regelungen und Planungs-, Verwaltungs- und Genehmigungsprozessen für Unternehmen und fordern ein rasches Gegensteuern unter starker Beachtung wirtschaftlicher und unternehmerischer Belange.

Sie bieten gleichzeitig die Unterstützung der kommunalen Ebene (Städte und Gemeinden, Landkreise und Regionen, kommunale und regionale Wirtschaftsförderungen) an, damit die Rahmenbedingungen vor Ort rasch verbessert werden können. Dazu unterbreiten Sie zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der aktuellen Lage, vor allem zur Entbürokratisierung und Prozessbeschleunigung und zur Stärkung von Standortbedingungen.

Als Partner vor Ort, dicht an Unternehmen und Wirtschaftsakteuren, müssen sie auch in Zeiten von Krisen und wachsenden Herausforderungen gestärkt werden. Dazu bedarf es einer aufgabengerechten Ressourcenausstattung und einer Anerkennung als kommunale Pflichtaufgabe oder Daseinsvorsorge.

Die detaillierten Ergebnisse sind als Anlagen gesondert beigefügt beziehungsweise auf den Webseiten der Kooperationspartner downloadbar.

[www.dvwe.de](http://www.dvwe.de)

[www.wirtschaftsfoerderung-nrw.de](http://www.wirtschaftsfoerderung-nrw.de)

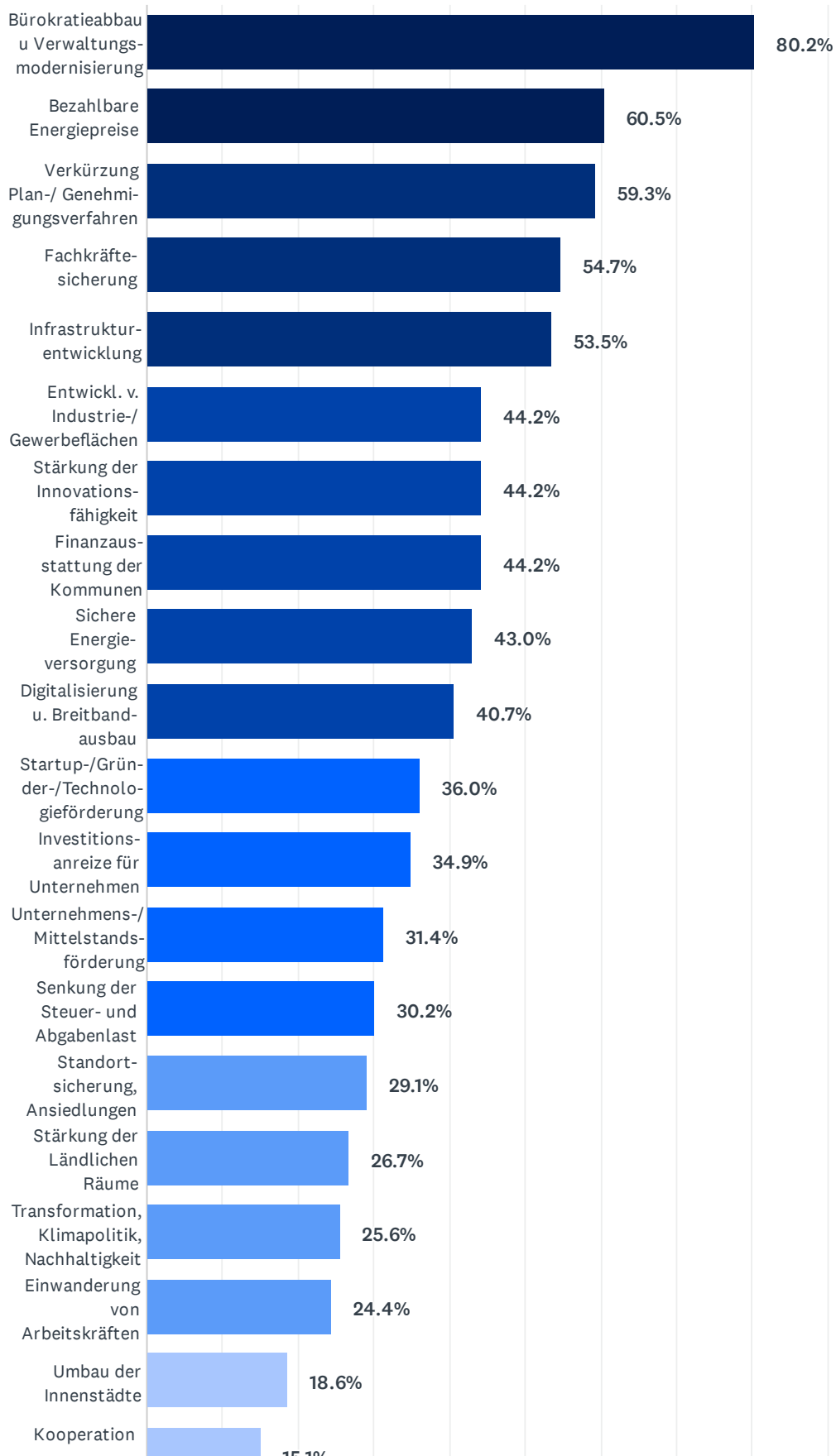
[www.newin.info](http://www.newin.info)

[www.vdw.sh](http://www.vdw.sh)

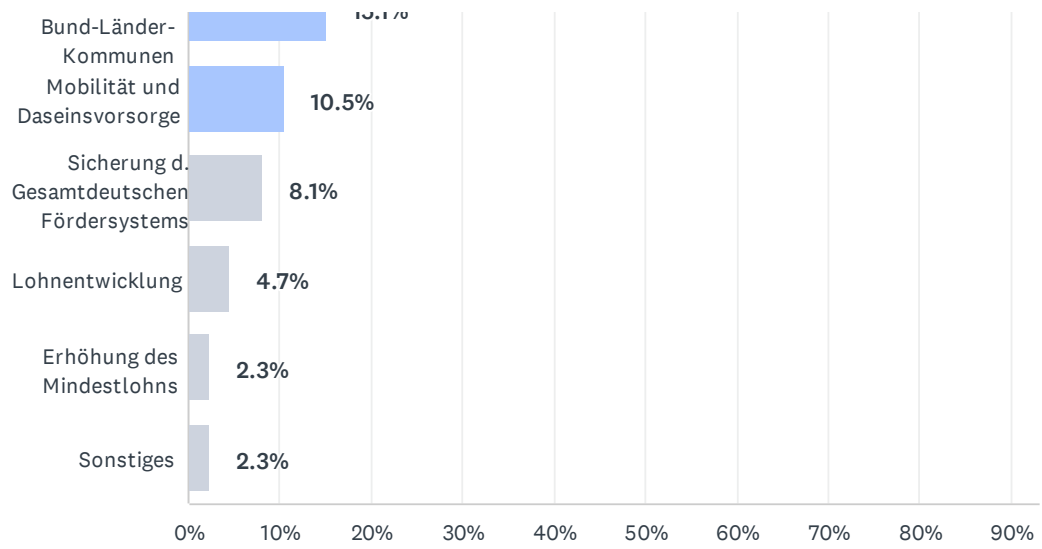
Stralsund, 19. August 2025

## F1 Welche wirtschaftspolitischen Themen sollten aus Sicht der Wirtschaftsförderungen aktuell oberste Priorität haben?

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0

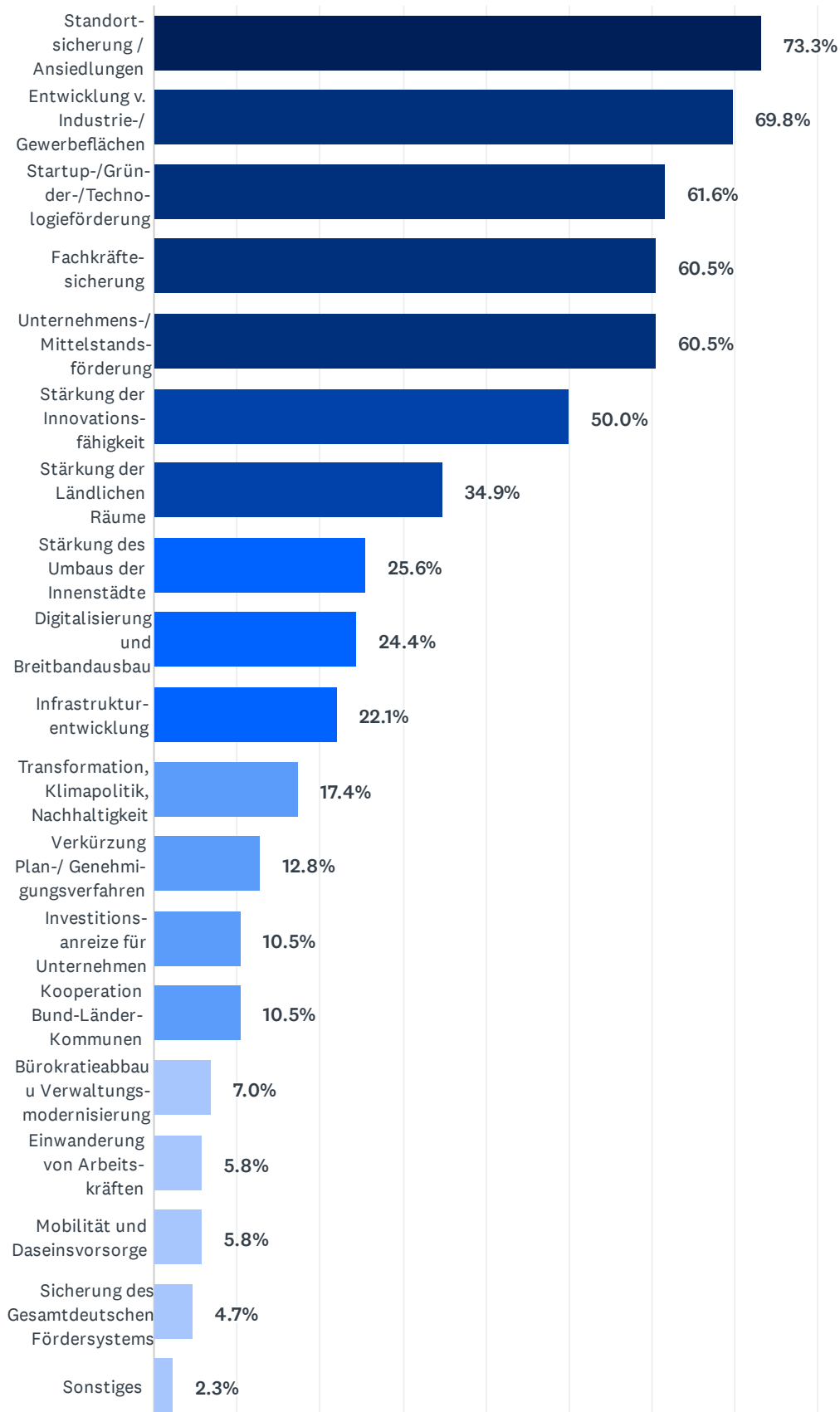


## Erwartungen der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen an die neue Bundesregierung

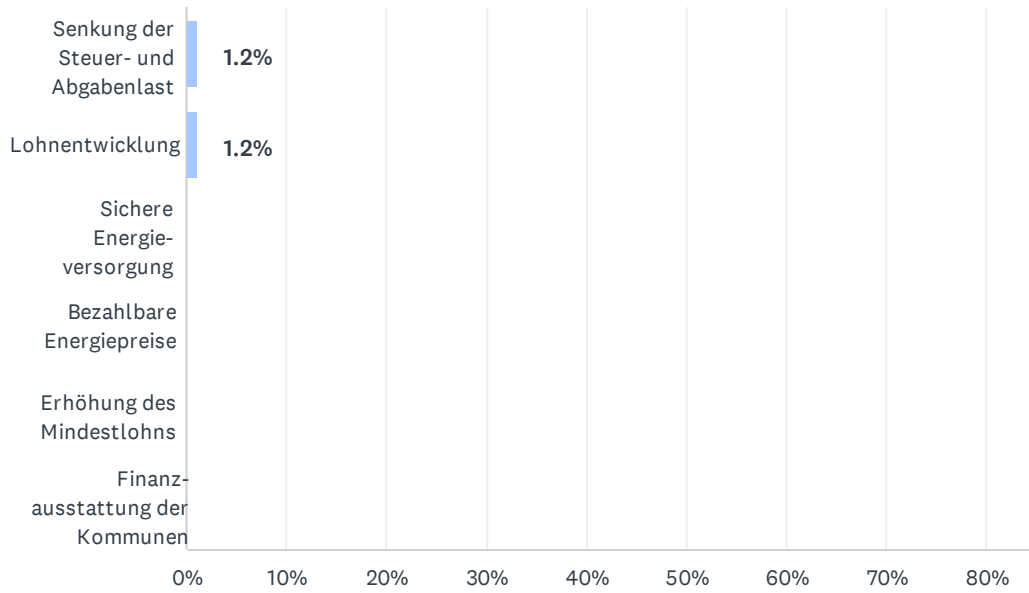


## F2 In welchen Bereichen leistet die kommunale und regionale Wirtschaftsförderung aus Ihrer Sicht den größten Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland?

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0

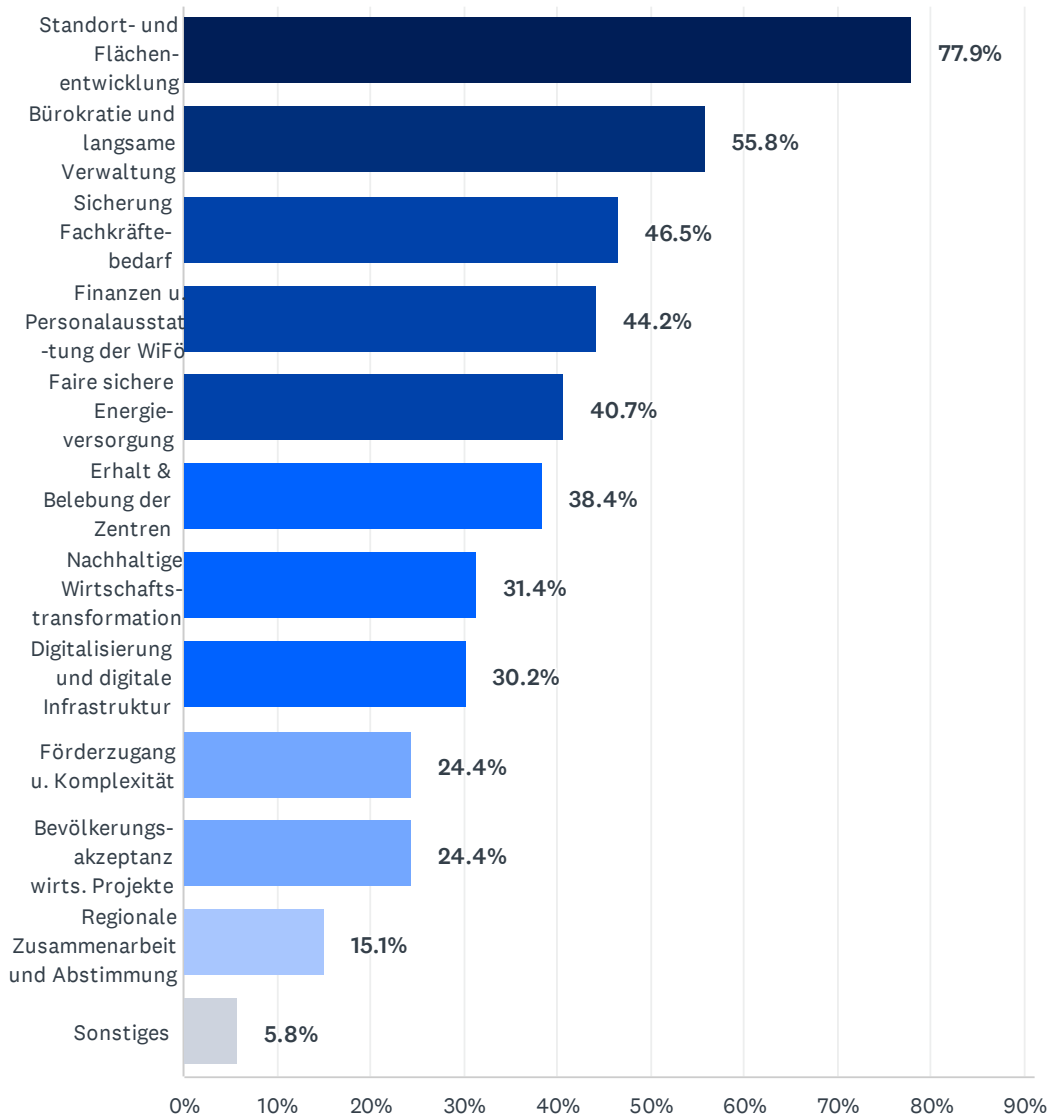


# Erwartungen der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderungen an die neue Bundesregierung



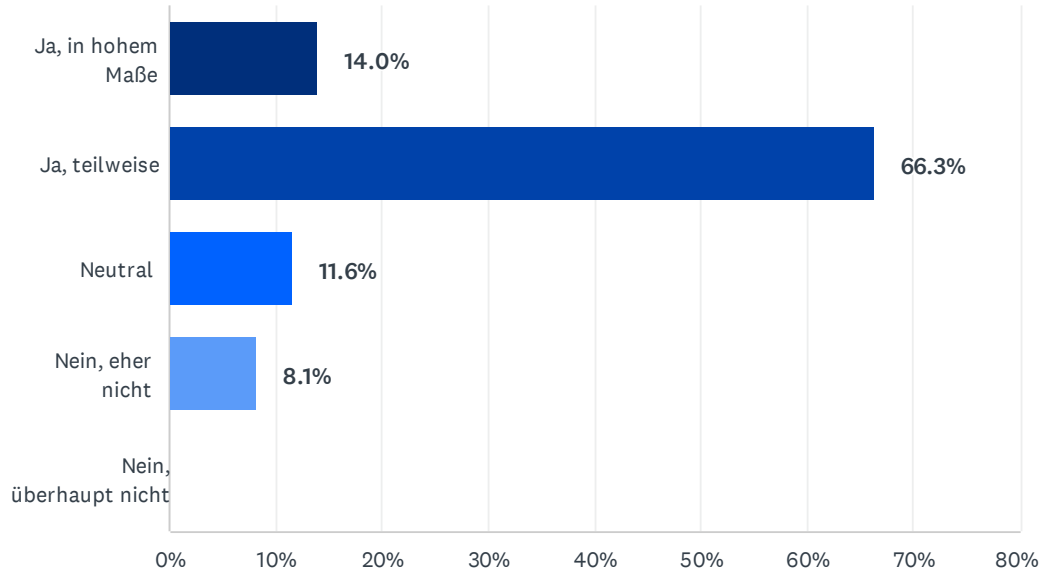
### F3 Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die Wirtschaftsförderung an Ihrem Standort? Wählen Sie bis zu maximal fünf Antworten aus.

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0



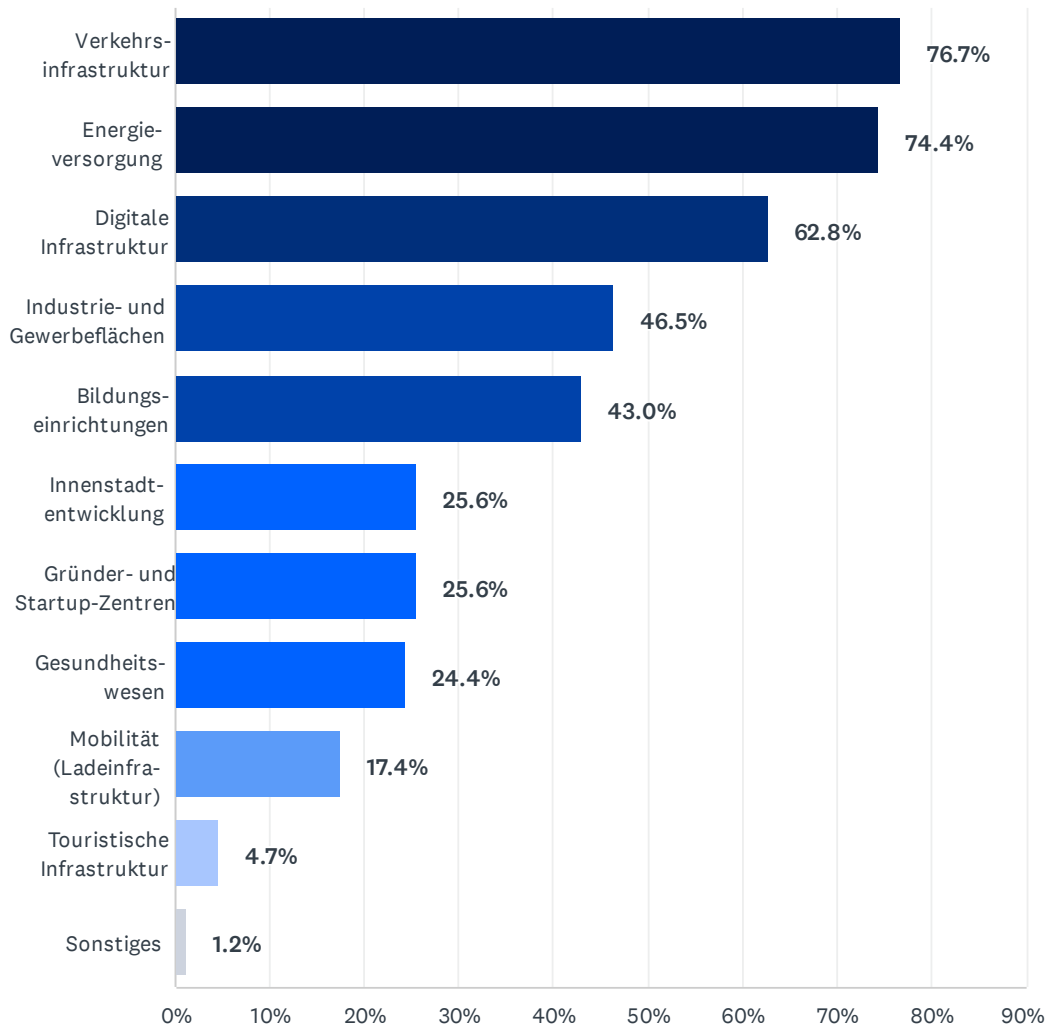
### F4 Die Bundesregierung plant die Einführung eines Sondervermögens von 500 Milliarden Euro für Investitionen in Infrastrukturprojekte über zehn Jahre. Halten Sie dies für eine geeignete Maßnahme zur Förderung der lokalen bzw. regionalen Wirtschaft?

Beantwortet: 86    Übersprungen: 0



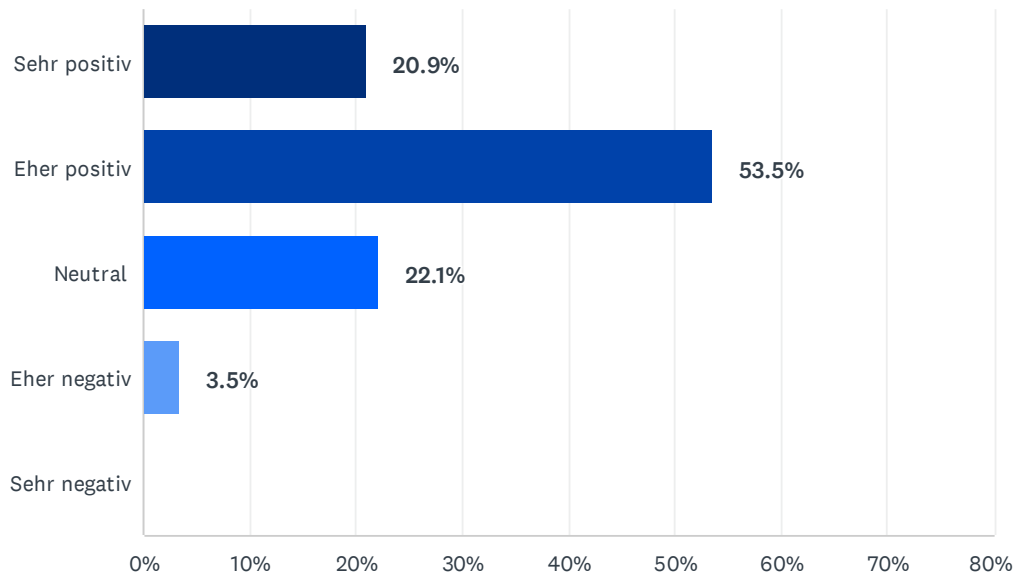
## F5 In welche Bereiche sollten die Infrastrukturinvestitionen vorrangig erfolgen?

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0



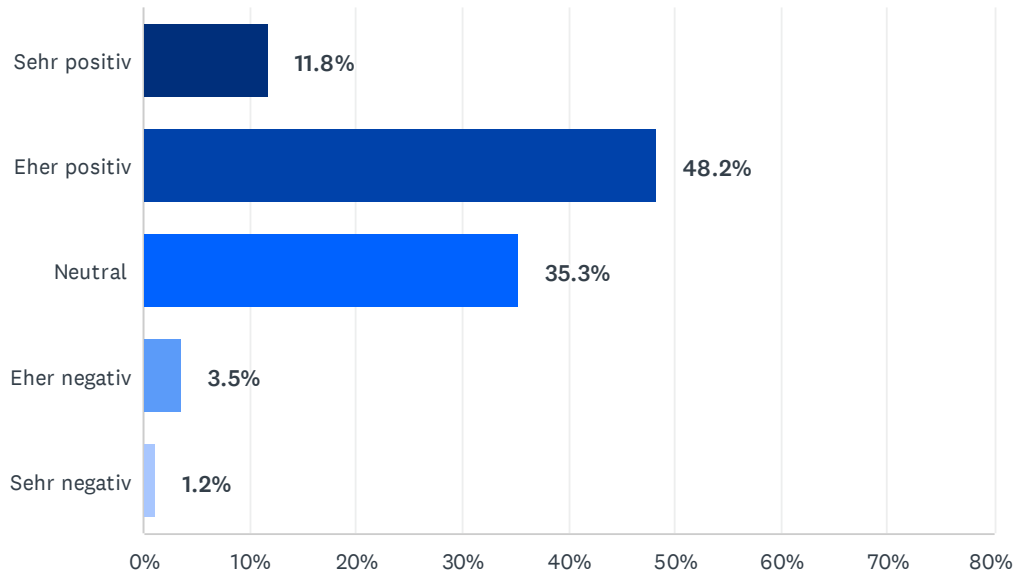
## F6 Die Bundesregierung plant Steuerentlastungen für Unternehmen, darunter schnellere Abschreibungsmöglichkeiten für Maschineninvestitionen und Elektromobilität oder die Senkung der Körperschaftssteuer. Wie bewerten Sie diese Maßnahmen für Ihren Standort?

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0



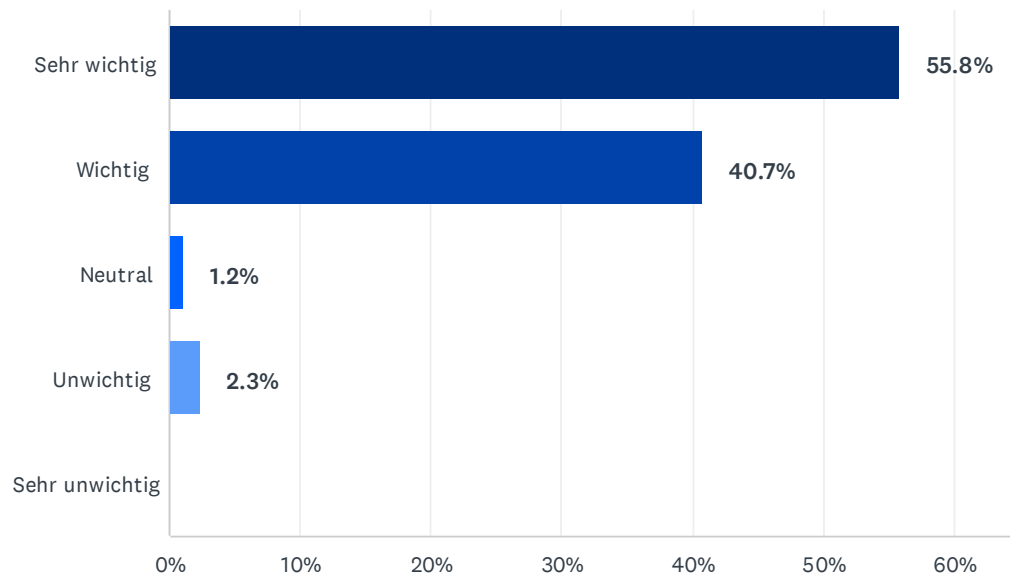
## F7 Die neue Regierung plant Maßnahmen zur Begrenzung der illegalen Migration und gleichzeitig zur Förderung von qualifizierter Zuwanderung. Wie werden sich diese Maßnahmen auf die Arbeitskräfteverfügbarkeit an Ihrem Standort auswirken?

Beantwortet: 85 Übersprungen: 1



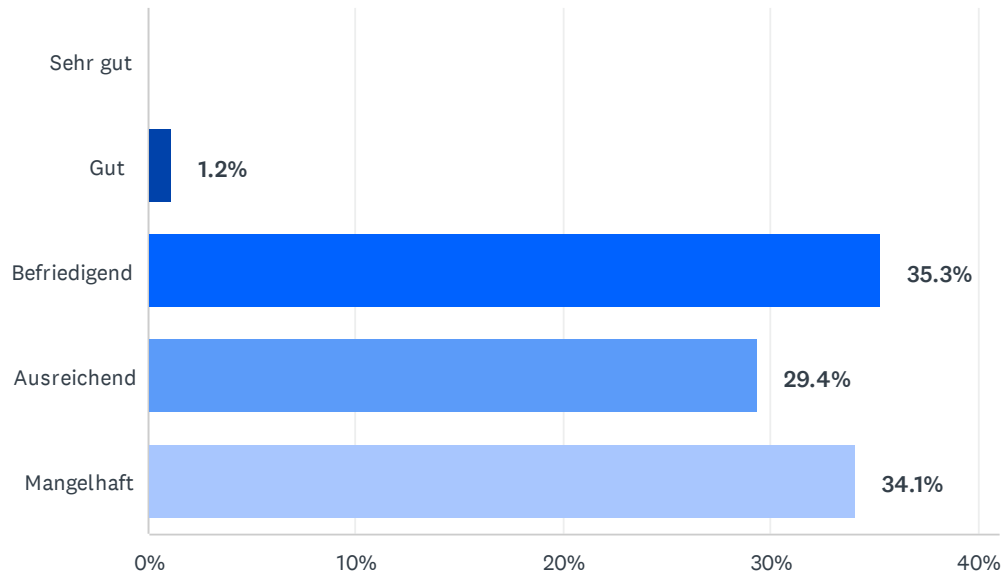
## F8 Wie wichtig ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur Stärkung der regionalen Wirtschaft?

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0



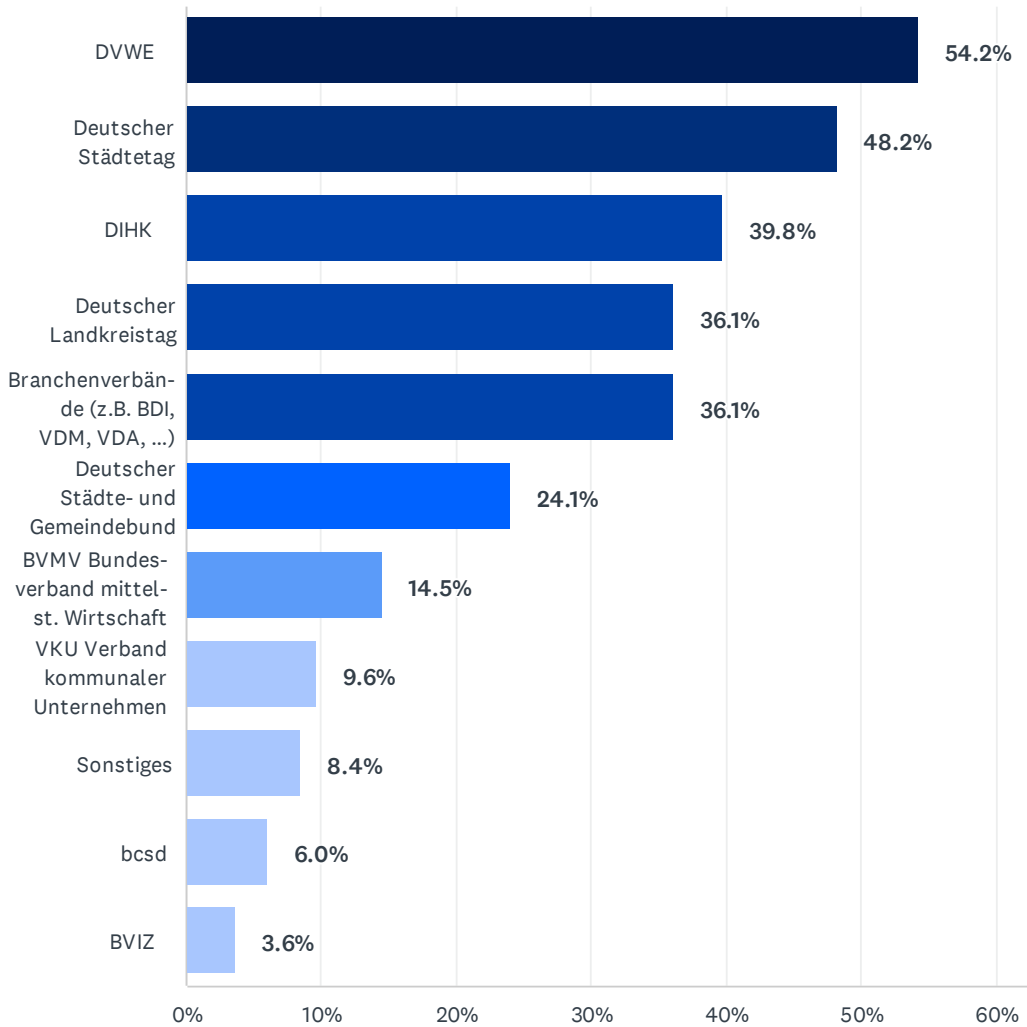
## F9 Wie gut werden aus Ihrer Sicht die Belange der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung auf Bundesebene berücksichtigt?

Beantwortet: 85 Übersprungen: 1



## F10 Welche Institutionen und Organisationen vertreten Ihrer Meinung nach kommunale, regionale und Belange der örtlichen Wirtschaft am besten ggü. der Bundesebene?

Beantwortet: 83    Übersprungen: 3



## F11 Welche Unterstützung wünschen Sie sich konkret von der Bundesregierung?

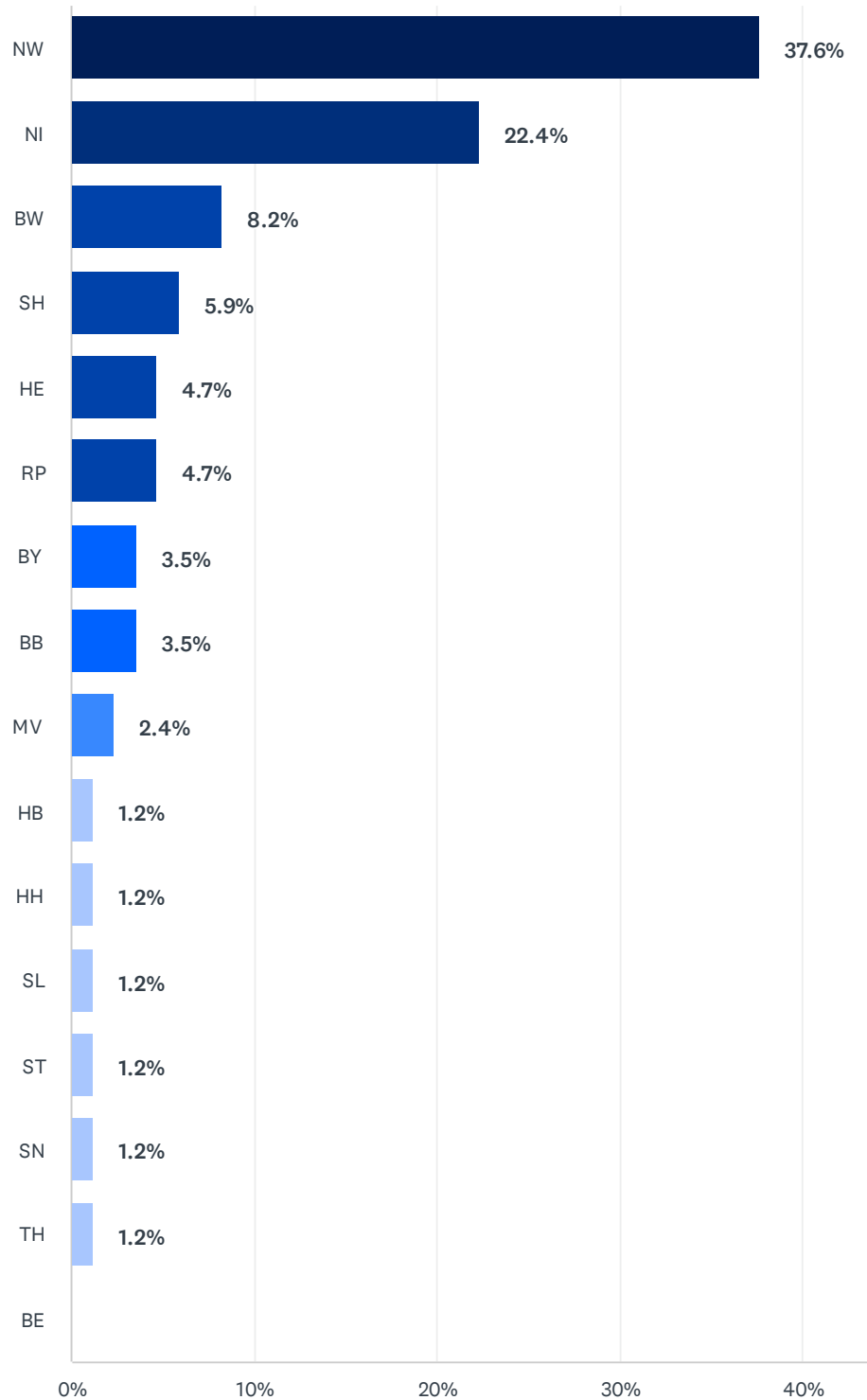
Beantwortet: 54    Übersprungen: 32

## F12 Welche Anregungen oder Vorschläge haben Sie für die lobbyistische Arbeit des DVWE gegenüber der Bundesregierung?

Beantwortet: 41    Übersprungen: 45

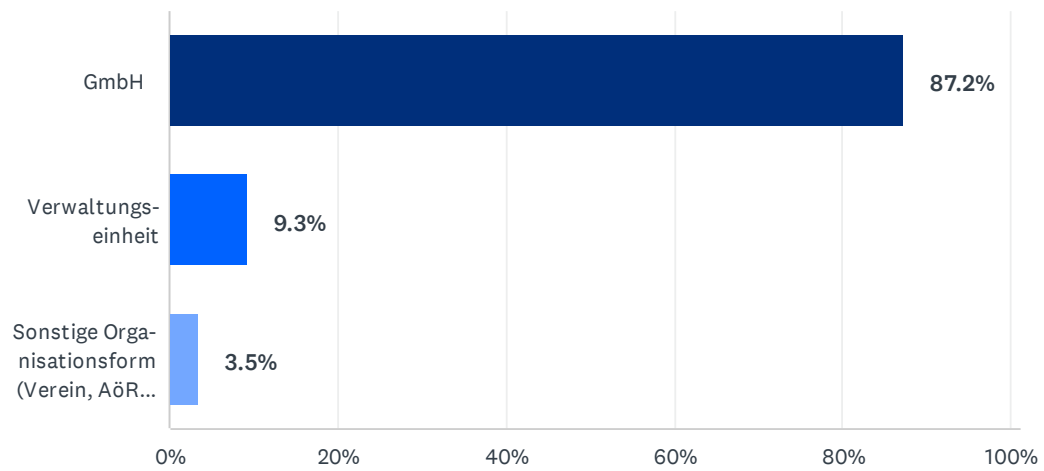
## F13 In welchem Bundesland haben Sie Ihren Sitz?

Beantwortet: 85 Übersprungen: 1



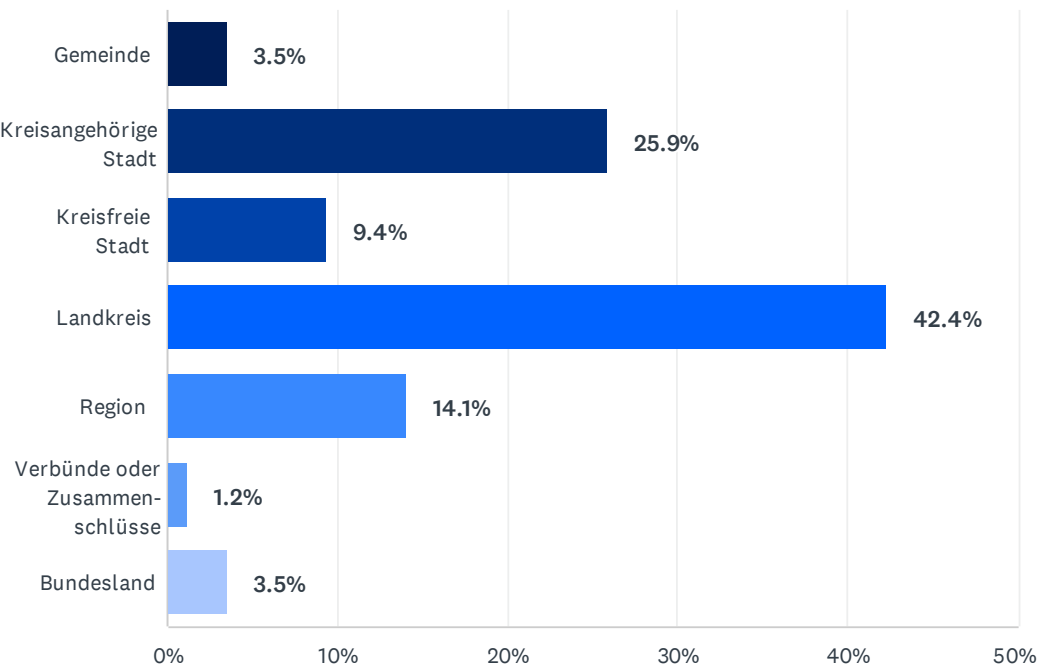
## F14 Wie ist Ihre Rechtsform als Wirtschaftsförderung?

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0



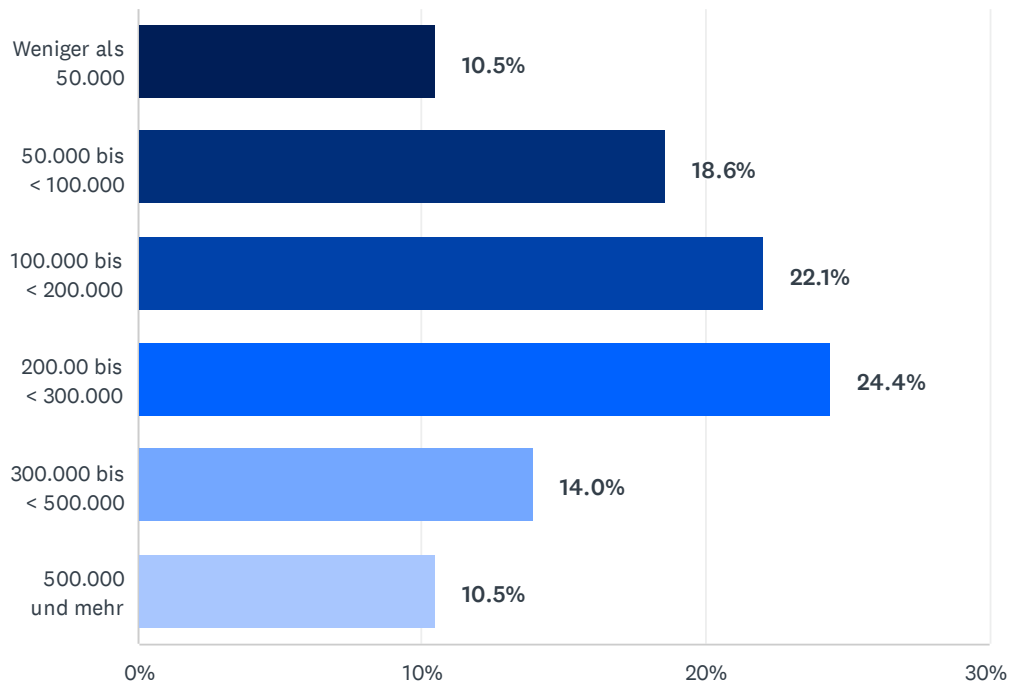
## F15 Für welchen räumlichen Zuständigkeitsbereich sind Sie verantwortlich?

Beantwortet: 85 Übersprungen: 1



## F16 Wie viele Einwohner leben aktuell in Ihrem Zuständigkeitsbereich?

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0



## F17 Welchem Verband gehören Sie an?

Beantwortet: 86 Übersprungen: 0

